

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 8

Artikel: Die Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung
Autor: Pépin, Maurice E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335408>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MAURICE E. PÉPIN

Die Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung

1. Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung

Eine gründliche Studie sollte zwar Schritt für Schritt die Entwicklung der Arbeiterbewegung verfolgen, von den Zünften des Mittelalters her bis zu den Gewerkschaften, wie wir sie heute kennen und wie sie neulich, im April 1946, am Pariser Kongreß ihre Kraft, aber auch ihr nationales Verantwortungsbewußtsein bewiesen haben. Im Rahmen dieses Artikels müssen und wollen wir uns jedoch darauf beschränken, schematisch die verschiedenen Etappen der französischen Gewerkschaftsbewegung seit der Gründung der CGT (Confédération générale du Travail, Allgemeiner Gewerkschaftsbund) im Jahre 1895 zu skizzieren.

Die französische Gewerkschaftsbewegung entstand in der Periode, in welcher der Kapitalismus nach dem Aufblühen der liberalen Wirtschaft allmählich zu neuen Organisationsformen überging. Das zweite Kaiserreich sieht den Triumph und die Verankerung der freien Wirtschaft, die schon während der Juli-Monarchie ihr erstes Gepräge erhalten hatte. Die entstehende Großindustrie erlebt eine ans Wunderbare grenzende Entwicklung, die ihren beredten Ausdruck in der Weltausstellung von 1867 findet. Die Politik des Kaiserreichs ist der Ausdruck dieses liberalistischen Zeitabschnittes, und man durfte sich dem Glauben hingeben, die Industrialisierung habe unbeschränkte Möglichkeiten. Die Krise von 1873 bedeutete aber eine erste Warnung, daß die Wirtschaft auf das Gesetz des Dschungels verzichten müsse. Immer mehr konzentrieren sich die Unternehmen, um die von der Technik geschaffenen Möglichkeiten rationeller ausnützen zu können. Während man 1866 eine Million industrieller Unternehmen zählte, gab es 1896 noch deren 780 000. Frankreich sieht das Entstehen der ersten Vereinbarungen mit monopolistischem Charakter, deren Zweck es ist, das Preisgesetz zu umgehen. Sie nahmen bei uns den Charakter von «Verkaufsbüros» an, wie dasjenige der Metallindustrie von Longvy,

das, 1877 errichtet, den Verkauf des Roheisens übernimmt. Diese Revolution in der überlieferten Struktur der Wirtschaft hat ihre Rückwirkungen auf sozialem Gebiet: Abwanderung der ländlichen Bevölkerung nach den Industriezentren, die 1876 32,4 Prozent der Gesamtbevölkerung aufweisen gegenüber nur 24,4 Prozent im Jahre 1846; Bildung einer zahlreichen Arbeiterklasse, deren jämmerliches Dasein im Gegensatz steht zum wirtschaftlichen Aufblühen des Landes. Das lange Zeit gestaltlose Proletariat beginnt allmählich seine Lage zu begreifen und erkennt, daß diese keineswegs der Bedeutung entspricht, welche ihm in der Entwicklung der Industrie zukommt. Es erkennt die Notwendigkeit, sich zur Verteidigung seiner lebenswichtigen Interessen zu organisieren. Auf diese Weise entstehen die ersten Gewerkschaften.

Die erste Etappe. Trotz der strengen Überwachung durch die Polizei des Kaiserreichs greift die Gärung in der Arbeiterschaft immer weiter um sich. Sie findet ihren Ausdruck im *Manifest der Sechzig* vom Februar 1864, in welchem der Wille des Proletariats, sich selbst zu befreien, betont wird. Ein Gesetz vom Mai 1864 anerkennt das Koalitionsrecht und begünstigt somit die Zunahme der Arbeitskammern, von denen 1870 in Paris schon 67 bestehen. Einige von ihnen, wie diejenige der Felle und Leder, beginnen sich bereits zu Verbänden zusammenzuschließen.

Die zweite Etappe. Nach der fürchterlichen Niederwerfung der Kommune nimmt das Proletariat, das man eine Zeitlang als ganz entmachteter betrachtet hatte, seinen Kampf wieder auf, ermutigt durch die sozialistische Propaganda, die sich unter dem Ansporn von *Jules Guesde*, dem Vertreter der marxistischen Lehre in Frankreich, weit verbreitet. Am Kongreß von Marseille von 1879 siegen die Kollektivistinnen mit 73 gegen 27 Stimmen. Die Gewerkschaftsorganisation verlangt nach der Schaffung einer entsprechenden politischen Partei. Es ist dies die «*Fédération du Parti des Travailleurs de France*» (Verband der Partei der Arbeitnehmer Frankreichs). Indessen nehmen die eigentlichen gewerkschaftlichen Vereinigungen zwischen 1871 und 1883 an Zahl immer mehr zu. In Paris bestehen zu dieser Zeit schon fünf Verbände. Dieser Tatsache Rechnung tragend, anerkennt das Gesetz vom 21. März 1884 das Vereinsrecht und hebt demgemäß das Gesetz von Le Chapelier von 1791 auf. Es liegt künftig der Arbeiterklasse ob, die Anwendung des Gesetzes zu überwachen; denn es besteht kein Zweifel darüber, daß die Regierung mit ihrer Maßnahme einzig den Zweck verfolgte, die Arbeiterorganisationen zu kontrollieren, hatte doch Waldeck-Rousseau den Regierungsstatthaltern erklärt, «daß sie die moralische Leitung der Gewerkschaftsbewegung übernehmen müßten».

Die dritte Etappe. Die Vorkämpfer der Arbeiterschaft erkannten die Notwendigkeit, zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen einen engern Zusammenhalt zu schaffen, um die Aktionen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Am Kongreß von Lyon, 1886, wurde der *Nationalverband der Gewerkschaften* geschaffen, der während zehn Jahren bestand. Er war sehr eng verknüpft mit dem *Parti ouvrier français* (Französische Arbeiterpartei), da die beiden Organisationen ihre Kongresse regelmäßig am gleichen Ort und nur mit einem Tag Zwischenzeit abhielten. Wir erinnern daran, daß diese Arbeiterpartei damals eine guesdistische, das heißt marxistische, Tendenz vertrat.

Neben den Gewerkschaften und ihren Verbänden entstehen von 1886 an die «*Arbeitskammern*» (*Bourses du Travail*), von denen diejenige von Paris 1887 ge-

gegründet wird; 1892 konnte sie schon ein eigenes Gebäude an der Straße Château d'Eau einrichten. Die Arbeitskammern sind anfänglich bloße Stellenvermittlungsbüros und entbehren des kämpferischen Charakters. Im Verlauf eines 1892 in Marseille abgehaltenen Kongresses wird ein Verband der Arbeitskammern gegründet, und dies auf Veranlassung der Gegner des Guesdismus, die zum Teil der Alemannistischen Gruppe der Sozialistischen Partei, zum Teil den Anarchisten angehörten. Förderer dieser neuen Organisation wurde von 1895 ab Fernand Pelloutier. Der Einfluß der Arbeitskammern darf nicht unterschätzt werden; diese bilden eine der Besonderheiten der französischen Arbeiterbewegung. Immerhin wäre es falsch, zu behaupten, daß die Arbeitskammern die autonome, politisch unabhängige Gewerkschaftsbewegung verkörpern. Pelloutier selbst gibt in seiner «Geschichte der Arbeitskammern» deren mehr politischen als wirtschaftlichen Ursprung zu.

So machten sich denn von 1892 an zwei Verbände, die beide auf gewerkschaftlichem Boden standen, Konkurrenz. Glücklicherweise wurde aber auf Anregung des Verbandes der Arbeitskammern 1894 ein großes Arbeiterparlament in Nantes einberufen, welches sowohl die Vertreter der Arbeitskammern (776 angeschlossene Gewerkschaften), wie auch diejenigen der 30 Berufsverbände (682 Gewerkschaften) und Vertreter von 204 nirgends angeschlossenen Gewerkschaften umfaßte. Alle Tendenzen kamen an diesem Kongreß zum Wort, und es wurde die Schaffung eines Arbeiter-Nationalrats (Conseil national ouvrier) beschlossen, der aus drei Vertretern der Arbeitskammern, 3 Vertretern der Gewerkschaften und je einem Vertreter der unabhängigen Verbände bestand. Die Rolle dieses nur kurzlebigen Rats war für die Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung von großer Bedeutung, da der Rat die Aufgabe hatte, auf 1895 einen Kongreß in Limoges zu organisieren, an welchem 18 Arbeitskammern, 28 Verbände und 186 unabhängige Gewerkschaften vertreten waren. Aus dem Streit der Richtungen entstand schließlich der *Allgemeine Gewerkschaftsbund* (Confédération générale du Travail), dessen Grundgesetz folgendermaßen lautet:

1. Aus den verschiedenen Gewerkschaften der Berufsgruppen der Arbeiter und Angestellten beider Geschlechter in Frankreich und den Kolonien wird eine einheitliche und kollektive Organisation gegründet, welche den Namen CGT trägt. Die Gruppen, welche die CGT bilden, sollen sich allen politischen Richtungen fern halten.
2. Die CGT verfolgt als einzigen Zweck die Vereinigung der kämpfenden Arbeiterschaft für ihre völlige Befreiung auf dem wirtschaftlichen Boden und in enger Solidarität.
3. Die CGT nimmt in ihre Reihen auf:
 - a) die Gewerkschaften,
 - b) die Arbeitskammern,
 - c) die lokalen Vereinigungen der Gewerkschaftsverbände der verschiedenen Berufe,
 - d) die Departements- oder Regionalverbände der Gewerkschaften,
 - e) die nationalen Verbände der Gewerkschaften der verschiedenen Berufe,
 - f) die nationalen Berufsvereinigungen oder -verbände und die nationalen Gewerkschaften,

- g) die Industrieverbände, welche verschiedene Zweige verwandter Berufe umfassen,
- h) den Landesverband der Arbeitskammern.

Praktisch fehlte es der neuen Organisation an einer wirklichen Einheit; sie litt unter einer außerordentlich großen Dezentralisation. Es mußte erst der *Kongreß von Montpellier* im Jahre 1902 abgewartet werden, bis der Gewerkschaftsbund entstand, so, wie wir ihn heute kennen. Da ist nun eine doppelte Vertretung möglich, einmal durch die nationalen Gewerkschaftsverbände, sodann durch die zwischenberuflichen lokalen, departementalen und regionalen Unionen, wobei der Gewerkschafter verpflichtet ist, sowohl einem Landesverband wie einer lokalen Organisation anzugehören. Der Verband der Arbeitskammern erklärte sich bereit, im Rahmen der CGT auf seine Individualität zu verzichten. Jedenfalls kommt dem Kongreß von Limoges eine geschichtliche Bedeutung zu, wie es auch der Volkswirtschaftler Yves Guyot anerkannt hat, als er schrieb: «Die CGT bildet den vierten Stand, mit dem die Regierungen rechnen müssen».

2. Der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung (1895—1914)

Die wirtschaftliche Entwicklung, von der wir einleitend sprachen, nahm bis zum Kriegausbruch immer rascher zu. Die Industrialisierung erhielt einen starken Auftrieb, besonders in der Metallurgie, wo die Produktion von Rohguß von 1 300 000 Tonnen im Jahre 1869 auf 5 200 000 Tonnen im Jahre 1913 stieg, während gleichzeitig der Stahl immer mehr das Eisen ersetzt (1913 4 630 000 Tonnen Stahl gegen 382 000 Tonnen im Jahre 1880). Das neue Jahrhundert sieht das Aluminium, das Petrol, die «weiße Kohle», die elektrische Energie, die Automobilindustrie entstehen. Die Konzentrationsbestrebungen werden immer ausgeprägter, und auch die Krise von 1909 kann diese Entwicklung kaum aufhalten. Die Aktiengesellschaften, die wegen des starken Kapitalbedarfs der Unternehmen notwendig werden, vermehren sich von 1889 bis 1913 um 25 000; das «Exportbüro» der Gießereien von Meurthe und Mosel, das 1905 gegründet wurde, dehnt die monopolistische Praxis des Comptoirs von Longwy auch auf den Export aus; andere folgen in großer Zahl dem Beispiel (Balken, Bleche usw.). Der Staat sieht sich gezwungen, einzugreifen, zunächst bloß ausnahmsweise, dann aber immer häufiger. Trotz den Anhängern des Liberalismus werden die öffentlichen Dienste verstaatlicht; langsam entsteht eine Sozialgesetzgebung, allerdings gegen den Willen der Arbeitgeber, die darin eine Beschränkung des freien Arbeitsmarktes erblicken. Parallel damit veranlaßt die aufblühende Wirtschaft den Staat zu einer doppelten Politik: Schutzzölle (Zollregime von 1881; Gesetz von 1892 über die Schaffung eines Doppeltarifs) und Expansion (Dumping). Schließlich führt die Notwendigkeit, Absatzgebiete zu gewinnen, zum Imperialismus; es handelt sich vorerst um die Schaffung von Kolonien, dann um Interessenkonflikte, die bald einmal den Zusammenstoß auf der ganzen Welt unvermeidlich machen.

Der immer straffern Organisation der Wirtschaft entspricht eine Organisation des sozialen Lebens, die ihren Ausdruck im Erscheinen von politischen Parteien und in der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung findet. Die CGT hat in diesen fünfundzwanzig Jahren eine dreifache Aufgabe zu erfüllen.

Das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung wurde begünstigt durch die immer stärker werdende Verschiebung in der Bevölkerung. Die großen Industriezentren ziehen die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte an, die sich in die Städte begeben in der Hoffnung auf höhere Löhne und eine angenehmere Lebensweise. Während 1886 die Industriebevölkerung 13 800 000 Personen zählte (das sind 35,9 Prozent der Gesamtbevölkerung gegenüber 64,1 Prozent der Landbevölkerung), steigt sie 1896 auf 15 000 000 und 1906 auf 16 600 000 Personen (also 39,1 Prozent, dann 42,1 Prozent). Beim Ausbruch des Krieges verteilt sich die Gesamtbevölkerung Frankreichs (rund 39 Millionen) ziemlich gleichmäßig auf beide Erwerbsgruppen. Die demographischen Bedingungen sind daher der Bildung einer starken Arbeiterbewegung günstig; das gleiche ist der Fall mit den wirtschaftlichen Bedingungen: statt sich zu bessern, scheint das Los der Arbeitnehmer immer schwieriger zu werden. Die Lohnerhöhungen stehen in keinem Verhältnis zu den Preissteigerungen; die Arbeitsbedingungen verzeichnen keinen wesentlichen Fortschritt gegenüber den Verhältnissen vor 1870. Es bedarf einer unablässigen Anstrengung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, um eine 1914 noch sehr wenig entwickelte Sozialgesetzgebung zu erzwingen. Der Achtstundentag kommt erst nach dem Krieg durch das Gesetz vom 23. April 1919 zur Einführung, und das Gesetz über die Arbeitsunfälle findet erst am 25. Oktober 1919 seine Ausdehnung auf die Berufskrankheiten. Die liberale Wirtschaft kennt kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, die in beunruhigendem Maße ansteigt.

Trotzdem wachsen die gewerkschaftlichen Bestände nur langsam; sie erreichen 1914 die Zahl von 600 000, was ganz bescheiden ist, wenn man daran denkt, daß damals Frankreich 20 Millionen Lohnerwerbende hatte, von denen die Hälfte in der Industrie beschäftigt war. Eine ähnliche Erscheinung nimmt man übrigens auch in England und in Deutschland wahr. Das rührt davon her, daß nur die fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse sich für den Gewerkschaftsgedanken gewinnen lassen, und was besonders schwerwiegend ist, ist der Umstand, daß diese Elemente sich hauptsächlich aus den begünstigteren Kreisen rekrutieren; praktisch umfaßt die Gewerkschaftsbewegung nur eine Arbeiter-«Aristokratie», die dem Vorwurf der Verbürgerlichung nicht immer entgehen kann, welchen die unqualifizierten Arbeiter gegen sie erheben, jene Arbeiter, welche die elenden Lebensbedingungen daran hindern, sich ihrer Lage bewußt zu werden und sich zu organisieren. Selbst wenn letztere den Gewerkschaften beitreten, so verschwindet der Gegensatz zwischen den bloß «gewerkschaftlich Organisierten», welche gerne passiv bleiben oder sich nur zu einem unvorhergesehenen und ohnmächtigen Zorn aufraffen, und den «Gewerkschaftern» nicht, welche der Arbeiterbewegung eine zusammenhängende Doktrin und eine erprobte Methode bescheren möchten. Dabei stellt sich das zweite Problem.

Zahlreiche Lehren beeinflussen den werdenden Syndikalismus. Es ist die Zeit, wo sich der Marxismus dank der unermüdlichen Propaganda von Jules Guesde und Paul Lafargue, welche den Reformen und der parlamentarischen Tätigkeit nur einen relativen Wert beimessen und die Gewerkschaften der politischen Partei unterordnen wollen, in Frankreich ausbreitet, während anderseits Jaurès vor allem bestrebt ist, die sozialistische Einheit herzustellen und der marxistischen Katastrophenpolitik die Wirksamkeit der revolutionären Entwicklung entgegensetzt. Zur gleichen Zeit verbreiten Bakunin und Kropotkin die anarcho-syndikalistischen Theorien, die, von Jean

Grave, Luise Michel und Elisée Reclus übernommen, in den Kreisen des Volkes ein gutes Gehör finden. In der Tat sind sie geeignet, den individualistischen und freiheitsliebenden französischen Arbeiter für sich zu gewinnen.

Im Anfang läßt sich die gewerkschaftliche Tätigkeit nur schwer von der politischen trennen; aber sehr rasch, schon seit 1882, beginnt die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Richtung nach völliger Selbständigkeit. Die Spaltungen, die sich innerhalb der sozialistischen Bekenntnisse vermehren, sind daran wesentlich beteiligt, und auch die anarchistische Propaganda wirkt in diesem Sinn. So entsteht nach und nach die Lehre, welche man die «anarchosyndikalistische» nennt; ihr Grundzug ist die Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Tendenzen, mögen sie sozialistisch oder anarchistisch sein. Diese Lehre findet 1906 ihren Ausdruck in der «Charte d'Amiens», die bis heute das Verfassungsgesetz der französischen Gewerkschaftsbewegung geblieben ist. Sie betont den besonderen Charakter der französischen Gewerkschaften u. a. mit folgenden Worten: «außerhalb jeder politischen Tendenz» ... «von den Gewerkschaftern verlangen, daß sie die Ansichten, welche sie außerhalb der Gewerkschaft vertreten, nicht in diese hineinbringen» ... «die angeschlossenen Organisationen haben sich in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaften nicht um die Parteien und Sekten zu kümmern, welche außerhalb und neben ihnen in voller Freiheit die soziale Umgestaltung weiterverfolgen können.»

Allerdings besteht diese Einheit nur im Bekenntnis zur Autonomie, dann aber nicht mehr, wenn es sich um die Frage nach den Methoden handelt. Bis 1914 bestehen zwei Strömungen im Gewerkschaftsbund: der reformistische Syndikalismus mit Keufer vom Bucharbeiterverband legt mehr Wert auf den täglichen Kampf als auf das Endziel und sieht in den Gewerkschaften nicht ein Instrument zum Niederreißen, das später verschwinden kann, sondern eine organische Institution von bleibendem Charakter. Die Gewerkschaftsbewegung soll nach der Schaffung von Gesamtarbeitsverträgen streben und eine vollständigere Sozialgesetzgebung zu erlangen versuchen; zum Streik soll nur gegriffen werden, wenn die Verhandlungen und die Schiedsgerichtsbarkeit zu keinem Erfolg geführt haben. Im Gegensatz dazu ist der revolutionäre Syndikalismus, der sich um Griffuelhes und Poujet gruppiert, gegenüber der gemeinschaftlichen Arbeit mißtrauisch; er setzt dieser die direkte Aktion entgegen ohne Rücksicht auf die «bürgerliche Gesetzlichkeit». Die eine und die andere Richtung aber stehen auf dem Boden des «Klassenkampfes» und führen den «Kampf um die Beseitigung des Unternehmertums und der Lohnarbeiterschaft». Sie verbinden ihre Methoden, die bald fortschrittlich, bald heftig sind, um die wesentlichen Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen.

Bekanntlich ist die besondere Waffe der Gewerkschaftsbewegung der Streik, der beim geringsten Arbeitskonflikt ausbrechen kann. Seine extremste Form ist der Generalstreik, von dem es aber kein Beispiel gibt vor dem Jahre 1918. Die Streiks von 1902, 1905 und 1910 erfaßten nur die Gesamtheit eines Berufs (Bergarbeiter, Postangestellte, Eisenbahner), nicht aber das ganze Land. Eine Ausnahme muß in bezug auf den 1. Mai gemacht werden, der seit 1890 der Arbeiterklasse Gelegenheit gibt, ihre Kraft zu beweisen. Neben den Streiks, die oft zu schrecklichen Vergeltungsmaßnahmen führen, wie die Schießereien von Clichy und Fourmies im Jahre 1891, von Narbonne im Jahre 1907, von Villeneuve-St. Georges im Jahre 1908 zeigen, kann die Gewerkschaft auch, um ihre Forderungen durchzusetzen, zum Boykott

greifen; seit 1902 besteht auch das Label; eine andere Waffe ist die Sabotage. Dank den verschiedenen Formen der direkten Aktion, die oft unentbehrlich war gegenüber dem Übelwollen der Arbeitgeber oder des Staates, konnte die CGT in den ersten fünfzehn Jahren dieses Jahrhunderts aner kennenswerte Verbesserungen für die Arbeiterschaft erreichen, so die Beibehaltung oder Erhöhung der Löhne (wir erwähnen zum Vergleich die Übereinkünfte von Arras, die zwischen den Grubengesellschaften und deren Arbeitern abgeschlossen wurden), ferner die Schaffung einer Arbeitsgesetzgebung (Verbot der privaten Stellenvermittlungsbüros im Jahre 1904, Gesetz über den wöchentlichen Ruhetag von 1906, Gesetz von 1898 über die Arbeitsunfälle, Gesetz von 1905 über die Unterstützung der Arbeitslosenkassen, Ordnung der Frauen- und Kinderarbeit im Jahre 1909 usw.). Hingegen dauert es bis zum Jahre 1919, bis die Gewerkschaften in den Genuß des Achtsturentages gelangen, obgleich diese Forderung auf allen Kongressen seit 1888 erhoben wurde und obgleich zu seinen Gunsten 1889 der Gedanke der 1.-Mai-Demonstration aufgekommen war. Fügen wir noch bei, daß der Antimilitarismus, geboren aus den blutigen Zusammenstößen zwischen Truppen und Arbeiterschaft, eine besondere Eigenheit dieser Generation von Gewerkschaftern ist. Er erweiterte sich bald zum Internationalismus, welcher die Forderung nach dem «revolutionären Generalstreik» als Mittel gegen internationale Konflikte erhob. Im August 1914 brach dies alles aber zusammen.

3. Die Krise der Gewerkschaftsbewegung (1914–1944)

Wenn man einen Blick auf die Wirtschaftsgeschichte Frankreichs während der letzten dreißig Jahre wirft, erkennt man bald, daß die Krisen regelmäßig wiederkehren. Das gilt allerdings auch für die andern Länder. Die erste Krise rührt vom Krieg und den schwer lösbaren wirtschaftlichen Problemen her, welche er geschaffen hat; von 1919 an erfolgt der Verzicht auf die dirigierte Wirtschaft zugunsten des Liberalismus (1919–1921); es entsteht ein vorübergehendes Aufblühen der Wirtschaft, das gekennzeichnet ist durch eine schwindelerregende Preissteigerung. Die zweite Krise ist von der Geldseite her bedingt und dauert bis 1926, wo es Poincaré gelingt, die Lage zu stabilisieren; erneutes Aufblühen der Wirtschaft, das mit dem Wiederaufbau des Landes während der Jahre 1926 bis 1929 zusammenhängt. Die dritte, schwerste Krise, die alle Länder erfaßt, hat ihren Ursprung im New Yorker Bankenkrach; diesmal handelt es sich um eine strukturelle Krise, welche den Grundsatz des Liberalismus selbst in Frage stellt und aus welcher dieser endgültig geschlagen hervorgeht. So kommen wir zu der Zeit der großen Experimente, durch welche der Staat in die Wirtschaft eingreift, um zu versuchen, diese zu ordnen: wir nennen den New Deal von Roosevelt, die Fünfjahrpläne der Sowjets, den Nationalsozialismus in Deutschland. In Frankreich rühren die Schwankungen der Politik von den Widersprüchen einer Wirtschaft her, die Wert auf ihre Freiheit legt und sich nur ungern dirigieren läßt. Nach der Deflationspolitik von Laval kommt die Abwertung durch Blum, begleitet von den Abkommen von Matignon, dann eine Lockerung, welche von F. Reynaud versucht wird. Der Krieg überrascht Frankreich in einer schwierigen Lage; vier Jahre Besetzung ruinieren vollständig den wirtschaftlichen Reichtum des Landes.

Das soziale Leben erlitt alle Rückwirkungen aus dem charakteristischen Wechsel von Depressionen und Wiederaufblühen. Auch die Gewerkschaftsbewegung geht

durch eine Reihe von Krisen hindurch, die wir hier nicht in allen Einzelheiten darlegen können; es mag genügen, die großen Linien aufzuzeigen.

Der theoretische Antimilitarismus des Gewerkschaftsbundes erwies sich in der Praxis als unwirksam; das ganze gewerkschaftliche Leben verschwand; die Mehrheit des Gewerkschaftsbundes arbeitete mit den Regierungen der nationalen Union zusammen. Indessen prüfte schon 1915 eine Landeskonferenz die künftige Aktionsmöglichkeit; die große Rolle, welche die Arbeiterschaft sowohl an der Front wie in der Kriegsindustrie spielte, gestattete ihr nicht nur, mit vermehrtem Nachdruck ihre Forderungen zu vertreten, sondern auch den Anspruch auf Mitarbeit bei der Gestaltung des Friedens zu erheben. Am 15. November 1918 stellte das Bundeskomitee ein Minimalprogramm auf, das wir hier nicht erläutern können, von dem aber L. Jouhaux erklärte, daß es grundsätzlich die Notwendigkeit betont, die wirtschaftliche Tätigkeit im Namen des Staates durch die Produzenten und die Konsumenten zu kontrollieren, und zwar im speziellen durch deren Delegierte. So zeigt sich zum erstenmal ein Anzeichen für das, was zehn Jahre später zur Planwirtschaft wurde. Die deutlichste Verwirklichung dieses Programms fand sich in der Schaffung des Wirtschaftsrates für die Arbeit (*Conseil économique du Travail*), dessen Aufgabe es war, die Reorganisation der nationalen Produktion zu studieren. Er wurde einige Jahre später durch den dreiteiligen Nationalrat (*Conseil national*) ersetzt.

Da nun zeigte sich zum erstenmal der Aufbauwille der französischen Gewerkschaftsbewegung; das Allgemeininteresse tritt an die Stelle des Klassenegoismus. Eine solche Umwandlung erfolgt aber nicht ohne große Widerstände, auch von seiten der Arbeiter. Die ganze bisher überlieferte Lehre des Syndikalismus wird in Frage gestellt.

Nachdem der Gewerkschaftsbund 1918 wieder rekonstruiert worden war, wobei durch eine Statutenrevision nur noch die Verbände und die Departements-Unionen als Mitglieder anerkannt wurden, spaltete er sich schon bald in zwei unversöhnliche Richtungen: auf der einen Seite die Mehrheitler, die dem alten Geist der Charte von Amiens treu bleiben wollten, auf der andern Seite die Minderheitler, die unter kommunistischem Einfluß die Gewerkschaftsbewegung in das Kielwasser einer politischen Partei bringen wollen¹. Reformisten und Revolutionäre begegnen einander mit Erbitterung bis zu dem 1921 abgehaltenen Kongreß von Lille, an welchem die Kräfte auf beiden Seiten ziemlich gleich groß sind. Der Bruch ist unvermeidlich. Es gibt künftig zwei Gewerkschaftsbünde; der unitarische Gewerkschaftsbund ist geboren. Während fünfzehn Jahren ist das beängstigendste Problem, welches die Gewerkschaftsbewegung zu lösen hat, dasjenige der Wiederherstellung der Einheit. Diese Einheit wird zwar von beiden Zentralen angestrebt, aber unter verschiedenen Gesichtspunkten. Wir können an dieser Stelle die Geschichte des unitarischen Gewerkschaftsbundes nicht studieren. Wir verweisen aber darauf, daß die heutige CGT aus der Verschmelzung beider Richtungen am Kongreß entstand, der im März 1936 in Toulouse stattfand.

Der Krieg hat die Rekrutierung der Gewerkschaftsangehörigen vollständig geändert. Immer größere Kreise des Proletariats erkennen die Notwendigkeit, sich zu organisieren, wobei auch das Beispiel der russischen Revolution anspornend wirkt.

¹ Unter den Minderheitlern befanden sich aber auch Anarchosyndikalisten, welche den Kommunismus ablehnten. — Der Übersetzer.

Die alte Aristokratie macht den Massen Platz; ungelernte Arbeiter mischen sich unter die Spezialisten. Der Mitgliederbestand steigt in eindrucksvoller Weise; 1919 sind es zwei Millionen, 1937 fünf Millionen. Gerechterweise müssen wir erwähnen, daß der unitarische Gewerkschaftsbund die Notwendigkeit, die Massen zu organisieren, besser erfaßte als die alte CGT. Die Gewerkschaftsbewegung gehört heute zu den lebendigen Kräften der Nation. Die Rolle, die sie von 1934 bis 1937 spielte, ist noch in aller Erinnerung. Sie bindet ihr Los an dasjenige der Demokratie und nimmt in ganz natürlicher Weise ihren Platz ein in der Widerstandsbewegung.

Die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes unterscheidet sich demgemäß sehr stark von derjenigen vor 1914. Selbstverständlich gibt er keine der bisherigen Forderungen der Arbeiterklasse preis, wie die Erhöhung der Löhne und den Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen (1919–1936), die Verkürzung der Arbeitszeit (Gesetz von 1936 über die Vierzigstundenwoche), die Sozialversicherung (1928) und die Familienzulagen (1932 und 1939). Ebensowenig verzichtet er auf seine überlieferte Waffe, den Streik; wir erwähnen den Eisenbahnerstreik vom Februar 1920, verschiedene Streiks im Mai 1920 und endlich die bekannten Sitzstreiks im Juni 1936. Gesondert von diesen ist der Generalstreik vom Februar 1934 anzuführen, der nicht aus beruflichen, sondern aus politischen Gründen ausgelöst wurde; aber wir haben schon gesagt, daß das Los der Gewerkschaftsbewegung mit demjenigen der Republik verbunden ist. Das geht auch klar aus dem einem Aufstand gleichenden Streik vom 18. August 1944 hervor.

Indessen begnügt sich die CGT nicht mit dem bloßen Fordern; sie will aufbauen und kämpft um die Anwendung ihres Planes auf die französische Wirtschaft. Die Planwirtschaft ist eine Besonderheit der französischen Gewerkschaftsbewegung dieser Periode. Begonnen im Jahre 1919, erscheint der Plan als eine Notwendigkeit, um die wirtschaftlichen Krisen zum Verschwinden zu bringen, die es dem Faschismus ermöglicht hatten, sich in Deutschland festzusetzen und selbst in Frankreich nach der Macht zu streben. In wenigen Worten gesagt, besteht das Mittel zur Sanierung der Wirtschaft in der Nationalisierung des Kreditwesens und der Schlüsselindustrien. Wir finden hier die Hauptgedanken des belgischen Planwirtschafters Henri de Man wieder. Wenn die strukturellen Reformen noch nicht verwirklicht sind, so bleiben sie doch ein Hauptprogrammpunkt der heutigen Gewerkschaftsbewegung. Sie haben ihren Widerhall im Programm des nationalen Widerstandsrates gefunden.

Erinnern wir schließlich daran, daß das Interesse der Gewerkschaftsbewegung an allen Fragen, welche das Leben der Nation berühren, seinen Ausdruck findet auch auf Gebieten, die weder wirtschaftlichen noch sozialen Charakter haben. Sie verzichtete auf den überholten Antimilitarismus und betonte ihren Willen, den Frieden auf dem Wege der Abrüstung und durch Verträge zu sichern. Dann gingen aber nach der Übereinkunft von München die Ansichten wieder auseinander. Einig ist sie hingegen in der Verurteilung des Faschismus in Spanien und in Deutschland. Das konnte ihr Vichy nicht verzeihen; am 9. November 1940 wurde der Gewerkschaftsbund aufgelöst.

4. Die gegenwärtige Lage

Wir haben in großen Zügen eine Darstellung der Entwicklung des französischen Gewerkschaftsbundes gegeben. Aus einer spontanen Aktion der ausgebeuteten Ar-

beiterschaft entstanden, hatte er drei Aufgaben zu lösen: die Rekrutierung, die Lehre und die Aktion. Man darf heute behaupten, daß die drei Fragen gelöst worden sind. Die Gewerkschaftsbewegung erfaßt heute die große Masse der Arbeitenden aller Berufe und aller Kategorien. In bezug auf die Lehre haben sich die verschiedenen Richtungen einander genähert; die CGT bleibt dem Gedanken von Amiens treu. Aber die äußeren Umstände haben sich seit 1906 geändert, und die politischen Probleme sind eng verknüpft mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten; es ist der CGT daher unmöglich, nicht gewissen Tendenzen, ja sogar gewissen Parteien den Vorzug zu geben. Was die gewerkschaftliche Tätigkeit angeht, so macht die CGT laut ihr Recht geltend, an der Lösung aller lebenswichtigen Probleme der Nation teilzunehmen. Immer mehr wird die Gewerkschaft zu einem wesentlichen Organ der Volkswirtschaft. Sie kann, wenn sie ihre Unabhängigkeit zu bewahren versteht und ohne irgend etwas an ihrem revolutionären Dynamismus zu verlieren, beim Wiederaufbau des Landes eine maßgebende Rolle spielen.

Den besten Beweis für ihre gegenwärtige Stärke hat die CGT selbst durch ihren letzten Kongreß geliefert, der, als XXVI., in Paris im Parc des Expositions vom 8. bis zum 12. April 1946 stattfand. Es war die erste Zusammenkunft des französischen Gewerkschaftsbundes seit der Befreiung des Landes und seit dem 1938 in Nantes abgehaltenen Kongreß. Die Erinnerung an die letzte Nachkriegszeit übte einen starken Eindruck auf alle Delegierten aus; das alles beherrschende Problem war dasjenige, wie es möglich gemacht würde, einen dauerhaften Frieden und eine internationale Ordnung zu schaffen, die auf der Gerechtigkeit und dem gegenseitigen Vertrauen beruht. Zweifellos hat diese Besorgnis die überlieferten gewerkschaftlichen Forderungen in den Hintergrund treten lassen; denn es ist kein Fortschritt denkbar in einer zerrissenen Welt, über der stets das Gespenst eines neuen Konflikts droht. Es handelte sich um ein Problem, das weit über den Rahmen einer bloß gewerkschaftlichen Aktion hinausgeht, wie man sie sich bei der Gründung der CGT und selbst noch beim Ausbruch des letzten Krieges vorstellte. Ist der Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Form zur Erfüllung einer derart schweren Arbeit gerüstet?

5. Die gewerkschaftliche Einheit und der Richtungsstreit

Der nach der Befreiung wieder errichtete Gewerkschaftsbund verkörpert die Verschmelzung der beiden Zentralen, welche sich vor dem Kongreß von Toulouse im Jahre 1936 in die Organisierung der Gewerkschaften teilten. Die in der Widerstandsbewegung gefestigte Einheit ist auch im Frieden erhalten geblieben, obgleich, trotz den offiziellen Reden, die verschiedenen Richtungen nicht weniger stark als zuvor aufeinanderprallen. Man braucht nur die verschiedenen Gewerkschaftsblätter zu lesen, um sich von dieser Tatsache zu überzeugen. Der «Peuple», das offizielle Organ der CGT, vereinigt die Wortführer der beiden früheren Gewerkschaftsbünde; die Artikel von Léon Jouhaux stehen neben denjenigen von Benoît Frachon. Dagegen vertritt die «Vie ouvrière» ausschließlich den Standpunkt der früheren «Unitaires», während «Force ouvrière» denjenigen der früheren «Confédérés» zum Ausdruck bringt. Die ständig geführte Polemik ist selten freundschaftlich. Die Gegensätze, die sich nur schwer verbergen lassen, bestehen natürlich auch innerhalb des Gewerkschaftsbundes selbst. Allerdings hat man den Art. 9 der Statuten geändert, um einem

zweiten Generalsekretär, dem früheren «Unitaire» Frachon, den Eintritt ins Büro der CGT zu ermöglichen, nachdem Jouhaux seit 1909 allein den Vorsitz geführt hatte. Die Zusammensetzung des Büros aus den Vertretern der beiden früheren Zentralen wurde sorgfältig abgewogen. Es besteht aus fünf Sekretären, welche früher Confédérés waren, nämlich Bothereau, Bouzanquet, Delamarre, Neumeyer und Sallant, und sechs Unitaires, Marie Couette, Lebrun, Monmousseau, Racamond, Raynaud und Tollet. Diese symbolische Mehrheit für die «Unitaires» ist kennzeichnend für deren Überwiegen innerhalb der meisten Gewerkschaften. Tatsächlich war der letzte Kongreß ein solcher der Anhänger der Mehrheit, da deren Stellungnahme sich als richtiger, realistischer und der allgemeinen Lage besser entsprechend erwies. Die Minderheitler kamen während der Aussprache wohl auch zum Wort, besonders Vallière, welcher von der Lehrgewerkschaft delegiert war; aber sie waren in die Verteidigung gedrängt, die allzusehr rein negativ war, als daß sie bei den endgültigen Entscheidungen Gewicht gehabt hätten. Was die Minderheit der Leitung der CGT in erster Linie vorwarf, das ist die Parole «Vor allem produzieren», in welcher sie eine blinde Unterwerfung unter die von der Regierung und ganz besonders von der Kommunistischen Partei ausgegebenen Richtlinien erblickt. Es muß im übrigen anerkannt werden, daß diese Argumentierung nicht einer gewissen Kraft ermangelt und daß sie imstande ist, die Arbeiterkreise für sich zu gewinnen. Vallière, der von der unbestrittenen Tatsache ausging, daß von 1938 bis 1945 der Lohnindex nur von 100 auf 350 Punkte erhöht wurde, während der Index der Lebenshaltungskosten auf 850 Punkte anstieg, wies nach, daß die Entwertung der Kaufkraft um 57 Prozent das erste Problem sein müsse, dessen Lösung die CGT zu versuchen habe. Die Regierung habe, indem sie die Blockierung der Löhne anordnete, diesen Zustand gutgeheißen, womit sie eine arbeiterfeindliche Politik betreibe. «Die Blockierung der Löhne anzuerkennen», so sagte Vallière, «das würde bedeuten, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Mission verrät, die darin besteht, die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterschaft, unabhängig von den Parteien und den an der Macht befindlichen Männern, zu verteidigen.» Daher verlangt Vallière die Rückkehr zur alten Gewerkschaftstaktik; es scheint ihm, daß die von der Arbeiterschaft zugunsten der Vermehrung der Produktion geleisteten Anstrengungen einzig nur den kapitalistischen Interessen zugut kamen. «Wir sagen nicht», fuhr er weiter, «daß das Produktionsproblem nicht gestellt werden muß, aber wir erklären, daß es von der CGT in falscher Weise gestellt wurde; wir sagen, daß der Kampf für das Wiederingangsetzen der Wirtschaft ein Kampf gegen den Kapitalismus ist und daß wir den Kampf für einen Produktionsplan der Arbeiter aufnehmen müssen, der von der CGT aufzustellen und unter der Kontrolle der Arbeiterschaft durchzuführen ist.» Wir gelangen damit zu der paradoxen Tatsache, daß die Minderheit revolutionärere Anträge vertritt als die Mehrheit, aber man muß sich fragen, ob es sich da nicht um eine gewisse «Abweichung nach links» handelt, welche den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, unter denen die Arbeiterschaft lebt, zu wenig Rechnung trägt. Die Mehrheit ist ihrerseits der Ansicht, daß die größte Gefahr, welche die Arbeiterschaft bedroht, auf politischem Gebiet liegt, das heißt im Wiederaufleben des Faschismus in irgendeiner Form. Kein Kampf und keine Forderung sind berechtigt, wenn sie nicht darauf hinzielen, diese Gefahr zu bannen. Die Diskussion zwischen den beiden Richtungen bewegt sich daher auf zwei verschiedenen Ebenen. Die Mehrheit stellt sich auf den Standpunkt, daß die Demokratie gestärkt werden muß,

weil dies die Voraussetzung für alle materiellen Verbesserungen ist, auf welche die Arbeiterklasse Anspruch erheben kann. «Was den XXVI. Kongreß beherrscht hat», schreibt Monmousseau, «das ist der Wille der Arbeiterschaft, alle Widerstände, die sich ihr von seiten der Reaktion entgegengestellt haben, zu brechen; die letzte Schaufel Erde auf den politischen Leichnam zu werfen, der sich ‚Vichismus‘ nennt» («Vie ouvrière» vom 18. April 1946). Vallière antwortete ihm: «Die CGT muß ihrer Existenzgrundlage treu bleiben: dem Klassenkampf für die Beseitigung des Lohnarbeitertums und des Unternehmertums». Darauf antworteten die Mehrheitler mit der klaren Begründung, daß heute die Interessen des Proletariats identisch sind mit denjenigen der Nation und daß die sozialen Probleme mehr als je mit den politischen verknüpft sind. Das Beharren auf dem Buchstaben der Charte von Amiens bedeute eine völlige Verkennung der Entwicklungsgesetze. Im Jahre 1906, als sozialistische Volksvertreter die Arbeiterinteressen im «Millerandismus» verrieten, da sei es unvermeidlich gewesen, die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung gegenüber den politischen Parteien zu betonen; im Jahre 1946 aber, wo das Proletariat selbständig geworden ist und wo es in die Regierung Vertreter abgeordnet hat, die sein Vertrauen verdienen, darf es sich nicht mehr auf eine reine Politik der Forderungen beschränken, die schließlich nur dem Triumph der Demokratie im Wege stünde und letztendlich bloß den Absichten der Reaktion dienen würde, die sich mit der Niederlage des Faschismus noch kaum abgefunden hat. Es kann daher nicht verwundern, daß die Mehrheit, die zudem dynamischer und besser organisiert war, ohne große Mühe ihre Anschauung durchsetzte und daß Monmousseau von einer «Chagrin-Haut» sprechen konnte, die von Tag zu Tag mehr zusammenschrumpfe². Die Richtigkeit zeigt uns eine kurze Übersicht über die Verhandlungen des Kongresses.

6. Große und kleine Gewerkschaften

Das Büro des Gewerkschaftsbundes hatte den Gewerkschaften einen Vorschlag zur Statutenänderung unterbreitet. Die noch in Kraft stehenden Statuten stammen aus dem Jahre 1935 und wurden 1938 nur leicht geändert. Es ist besonders eine Frage, welche Schwierigkeiten bereitet und Mehrheit und Minderheit trennt, diejenige des Vertretungsrechtes der Gewerkschaften am Kongreß und der Art der Abstimmung der Verbände im Ausschuß. Der «Unitaire» Raynaud legte dar, daß die bisherige Ordnung der Vertretung die wichtigeren Gewerkschaften benachteilige; die Artikel 5 und 43 der Statuten enthalten nämlich einen nach oben stufenweise reduzierten Proporz, der den großen Verbänden am Kongreß weniger Delegierte gewährt, als es der Zahl ihrer Mitglieder entspräche; derart hat eine Gewerkschaft mit 100 Mitgliedern 2 Stimmen, eine Gewerkschaft von 3000 Angehörigen aber nur 8. Im Namen der Mehrheit verlangten Raynaud und Racamond den *vollen* Proporz, indem jede Organisation so viele Stimmen erhalten sollte, als sie beitrug-

² Im Roman von Honoré de Balsac «La Peau de Chagrin» erhält ein junger Mann eine Chagrin-Haut geschenkt. Alle seine Wünsche werden erfüllt, aber jedesmal zieht sich die Haut mehr zusammen, bis schließlich nichts mehr übrig bleibt und der Mann sterben muß. — Der Übersetzer.

zahlende Mitglieder hat. Nach diesem Antrag würden, um bei unserem Beispiel zu bleiben, die erstgenannte Gewerkschaft 100, die andere 3000 Stimmen haben. Für die Minderheit erklärte Bothereau, daß durch die Annahme dieses Antrages die kleinen Gewerkschaften und die zahlenmäßig schwachen Verbände erdrückt würden. Sicher ist, daß die großen Industrieverbände, wie diejenigen der Metallarbeiter (900 000 Mitglieder), der Bauarbeiter (600 000) und der Bergarbeiter (300 000) leicht die absolute Mehrheit erreichen und derart allein die leitenden Organe des Gewerkschaftsbundes bezeichnen könnten. Bothereau opponierte daher dem «Gesetz der Zahl», durch welches eine Diktatur der «Großen» geschaffen würde, und verlangte, daß, gleich wie beim WGB, im Vertretungsrecht eine Abstufung vorgenommen werde. Er hält die Absicht, alles bis aufs äußerste zu konzentrieren und zu zentralisieren, für gefährlich. In einem Artikel, den er am 4. April 1946 in der «Force ouvrière» veröffentlichte, präzierte er seine Gedanken: «Unsere Kameraden von der Minderheit sehen nicht ohne Beunruhigung, wie die Gewerkschaftsführer kommunistischer Richtung auf allen Stufen der Gewerkschaftsbewegung die leitenden Funktionen in ihre Hände bekommen, so daß die Gefahr besteht, daß die Bewegung schließlich in den Dienst einer Partei gestellt wird». Er erwähnt als Beispiel den Kongreß im Departement Mosel, wo die Bergarbeitergewerkschaft, unterstützt von einem Teil der Metallarbeiter, allen andern 81 Gewerkschaften der Departementsunion ihren Willen aufzwang. Wie dem auch sei, jedenfalls wurde der Antrag der Mehrheit, nachdem eine Kommission ihn durchberaten hatte, von 8044 Gewerkschaften mit 21 238 Stimmen gegen 2051 Gewerkschaften mit 4862 Stimmen angenommen. Diese Zahlen beweisen deutlich, daß nur die kleinen Gewerkschaften mit durchschnittlich 243 Stimmen Bothereau gefolgt sind. Es handelt sich um einen ersten Erfolg der Mehrheit, der von bedeutenden Folgen ist: Der Kongreß bedeutet unbestreitbar den Triumph des Massensyndikalismus gegenüber der alten Auffassung der «aktiven Minderheit», welche den Anarchosyndikalisten teuer ist.

7. Die Verteidigung der Arbeiterforderungen

Obgleich die positiven Forderungen (Löhne, Sozialgesetzgebung usw.) gegenüber der Sorge um die Hebung des Produktionsniveaus etwas in den Hintergrund gedrängt wurden, konnte der XXVI. Kongreß doch auch in dieser Hinsicht den Arbeitern eine positive Bilanz vorlegen.

Schon im August 1944 unterbreitete das Büro der CGT den der Widerstandsbewegung angeschlossenen Organisationen eine Zuschrift, aus der wir die wichtigsten drei Punkte herausgreifen:

«1. Die CGT fordert eine wesentliche Erhöhung der Löhne und Besoldungen, damit diese den tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung angepaßt werden;

2. die CGT verlangt ausdrücklich, daß die Sozialgesetzgebung von 1936 aufrecht erhalten bleibe, und drückt den Wunsch aus, sie im Sinne der Forderungen vom August 1937 noch zu erweitern;

3. Die CGT verlangt die Beteiligung der Arbeiter an der Ausübung der wirtschaftlichen Macht; sie verlangt, daß die durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen vertretenen Arbeitnehmer an allen beruflichen Körperschaften teilhaben, seien diese von nationalem Charakter oder auf einen Industriezweig oder ein Unter-

nehmen beschränkt; dies soll sowohl für die nationalisierten wie für die freien Wirtschaftsgebiete gelten.»

Die CGT verfolgte damit nicht nur den Zweck, die ständigen Forderungen der Arbeiterklasse zu unterstützen, sondern sie betonte noch viel mehr deren Rechtsanspruch auf die Mitverantwortlichkeit auf allen Lebensgebieten der Nation. Wir können hier nur summarisch darlegen, in welchem Geist und in welchen Formen der Gewerkschaftsbund seine Tätigkeit ausübte. Wir müssen uns zum Beispiel darauf beschränken, die Lohnpolitik zu erläutern und nachzuweisen, daß die CGT diese Aufgaben keineswegs preisgegeben hat.

Im August 1944 lag folgende Situation vor: zwischen den Löhnen und den Lebenshaltungskosten bestand ein vollständiges Mißverhältnis; es gab ferner auch nicht die geringste Übereinstimmung zwischen den Löhnen der verschiedenen Kategorien. Einerseits mußte daher eine allgemeine und rasche Lohnerhöhung erfolgen, andererseits mußten die Lohnverhältnisse überhaupt in Ordnung gebracht werden. Die erste Etappe wurde ohne Schwierigkeiten überwunden. Dank den Bemühungen des Büros des Gewerkschaftsbundes erließ die Regierung am 14. September 1944 einen Beschluß, durch welchen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 25 Prozent angeordnet wurde. Immerhin hielt man in den gewerkschaftlichen Kreisen, welche 40 Prozent gefordert hatten, diese Erhöhung für ungenügend, aber auch für ungerecht, da das früher bestehende Auseinanderklaffen der Löhne bestehen blieb und für die untersten Lohnbezüger keine gerechte Anpassung an die Teuerung geschaffen wurde, andererseits die «Hierarchie» erdrückt wurde; Werkmeister, Ingenieure, Techniker und das ganze übrige industrielle Kader wurden dadurch benachteiligt, daß Stundenlöhne über 30 französische Franken nicht in Berücksichtigung gezogen wurden.

Die zweite Etappe konnte erst viel später durchschritten werden, als sich eine neue Erhöhung als unvermeidlich erwies. Die vom Büro angewandte Methode wurde von der Minderheit lebhaft kritisiert, weil alles durch Regierungsverordnungen verfügt wurde. Die nationale Lohnkommission hatte, obgleich sie vom Arbeitsministerium anerkannt wurde, nur begutachtenden Charakter. Es ist der Wunsch des einstimmigen Gewerkschaftsbundes, so rasch wie möglich wieder zum System der Gesamtarbeitsverträge zurückzukehren. Die Minderheitler, die darin viel kategorischer sind, halten dafür, es könne nicht Sache der Arbeiterklasse sein, die Kosten des Wiederaufbaus zu tragen; ihr Heil liege in der Rückkehr zur direkten Aktion und zum Klassenkampf. Es ist jedoch klar, daß das Lohnproblem nicht getrennt werden kann von der Entwicklung der Produktion, vom Verschwinden der Trusts, von der Beseitigung aller parasitären Einrichtungen und von der Stabilisierung der Preise. Vallière rief aus: «Es geschieht im Namen dieser Produktionspolitik, wenn seit der Befreiung alle Forderungen der Arbeiterklasse abgebremst und verurteilt werden.» Das ist offensichtlich übertrieben, da ja im April und Mai 1945 so ziemlich überall Streiks ausbrachen als Protest gegen die zögernde Haltung der Regierung bei der Wiederherstellung der Löhne, und da gerade bei diesem Anlaß die Vertreter der CGT in der Nationalen Lohnkommission ausdrücklich erklärten, «daß sie sich vollständig mit den Protesten solidarisierten, die aus allen Teilen Frankreichs unaufhörlich einliefen». Eine allgemeine Resolution, die vom Kongreß einstimmig angenommen wurde, betont: «Als Frucht dieser Anstrengungen und dieser Arbeit muß ein höherer Lohn erlangt werden. Dieser soll aus einem Grundlohn bestehen, der in Gesamt-

arbeitsverträgen festgesetzt und vom Staat garantiert wird; die Erhöhung über den Grundlohn hinaus soll in einer vertraglich festzusetzenden Entschädigung gesucht werden, welche direkt abhängt von der Beschleunigung der Produktion, deren Umfang und deren Qualität.» Es ist daher falsch, zu behaupten, daß die CGT unter Verzicht auf alle gewerkschaftlichen Überlieferungen sich zum Grundsatz der Blockierung der Löhne bekannt habe. Der beste Beweis hierfür liegt in der Mitteilung, welche das Büro des Gewerkschaftsbundes, das am 29. Mai unter dem Vorsitz von Benoît Frachon tagte, veröffentlichte: «Das Büro des Gewerkschaftsbundes hat festgestellt, daß seit der Neuordnung der Löhne die Produktion um 100 Prozent gestiegen ist. Hingegen hat die Preissteigerung die in verschiedener Form gewährten Lohnerhöhungen weit überschritten. Infolgedessen wird das Büro der am 5. Juni zusammentretenden Verwaltungskommission Anträge in bezug auf eine allgemeine Erhöhung der Löhne und Besoldungen sowie für die Anwendung energischer Maßnahmen gegen neue Preissteigerungen und für die Revision mißbräuchlich hoher Preise unterbreiten.» Vor die doppelte Notwendigkeit gestellt, sowohl wirksam am Wiederaufbau der französischen Industrie mitzuhelfen, wie auch die lebenswichtigen Interessen der Arbeiterklasse zu schützen, gelang es der CGT, eine vorsichtige Politik zu betreiben, die allerdings nicht immer begriffen wurde, die jedoch sehr wohl schon in nächster Zeit einer energischeren Aktion Platz machen könnte, damit die Arbeiter endlich die Früchte ihrer Anstrengungen genießen können.

8. Demokratie und Produktion

Wie der Leser bereits erkannt haben wird, überragt das eigentliche politische Problem alle andern. Die Gewerkschaften umfassen nicht mehr, wie zu Beginn dieses Jahrhunderts, bloß eine Minderheit der Arbeiterschaft; sie stellen heute die Zusammenfassung des gesamten Proletariats dar. Aus diesem Grunde erstreckt sich ihre Tätigkeit auf alle Fragen, die irgendwie die Arbeiterklasse angehen. Die Abgrenzung gegenüber der politischen Partei wird schwierig; gerade in der geheimen Widerstandsbewegung haben die beiden Organisationen Schulter an Schulter für die Wiederherstellung der Demokratie gekämpft. Heute, wo es sich darum handelt, sie zu verteidigen und solider zu verankern, darf man sich nicht wundern, wenn zahlreiche Vertrauensleute der Gewerkschaften – es ist die Mehrheit – die Notwendigkeit empfinden, diese Allianz beizubehalten und den Kampf gemeinsam weiterzuführen. Dabei zeigt es sich, daß seit der Befreiung die Kommunistische Partei die Erfordernisse der gegenwärtigen Lage am klarsten erfaßt hat. Wenn man den Faschismus endgültig niederschlagen will und wenn man entschlossen ist, dem Lande jede Gefahr eines persönlichen, diktatorischen Regimes fernzuhalten, dann muß man letzterem die wirtschaftlichen Möglichkeiten entziehen. Zu diesem Zwecke mußte Frankreich die Krise überwinden, in welcher es unterzugehen drohte. Die Losung aller Verteidiger der Demokratie lautete deshalb: «Produzieren, immer mehr produzieren!» Die Kommunisten hatten den Mut, dies der Arbeiterschaft verständlich zu machen. Es ist selbstverständlich, daß der Erfolg in hohem Grade vom guten Willen der Gewerkschaften abhing. Daher nahmen die Kommunisten die Verantwortung ihnen gegenüber auf sich und wurden demgemäß die aktivsten Elemente in den Anstrengungen um die Hebung der Produktion. Politische Taktik? Vielleicht.

Eher jedoch ist es die scharfe Erkenntnis dessen, was den Interessen des Proletariats und der Nation am besten dient, um die zusammenhängende, systematische und disziplinierte Anwendung einer Politik, die mehr und mehr als die einzig wirksame erscheinen muß. Das bedeutet keineswegs, wie wir weiter oben schon angeführt haben, daß deswegen die Tagesforderungen vernachlässigt werden und ebenswenig, daß die CGT endgültig auf die ihr eigentümliche Kampfmethode verzichtet hätte. Frachon betont dies in seinem Tätigkeitsbericht mit aller Deutlichkeit, indem er auf die Kritik der Minderheit antwortet: «Heißt dies, daß wir überzeugt wären, es genüge jetzt, die Produktion zu erhöhen, damit die Arbeiterklasse ihren Anteil daran bekomme? Wir sind nicht derart naiv, und wir wissen genau, daß wir noch unter dem kapitalistischen und nicht unter einem sozialistischen Regime leben.» In der gegenwärtigen Konjunktur kann ein Streik für die gesamte Arbeiterklasse verhängnisvoll werden; denn die Apostel der «sozialen Ordnung» können ihn ausbeuten; das sind übrigens die gleichen Leute, welche der CGT vorwerfen, auf ihre beste Waffe verzichtet zu haben. Der Streik der Buchdruckmaschinenmeister vom vergangenen Januar bietet hierfür eine bemerkenswerte Illustration; er wurde nämlich einzig von der Presse der äußersten Rechten und von den Trotzlisten unterstützt.

Die CGT konnte aus all diesen Gründen den Wandlungen der Politik gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Sie hat mehrmals mit Autorität eingegriffen, und es muß gesagt werden, daß sie dabei die massenhafte Zustimmung der Arbeiter gefunden hat. Hauptsächlichstes Ziel war es, alle demokratischen Kräfte zusammenzufassen. Die CGT ergriff daher die Initiative zur Einberufung der «Delegation der Linken», um von den Kandidaten zu den Wahlen vom Oktober 1945 die Zusicherung zu erhalten, daß sie dem Programm des Nationalrates der Widerstandsbewegung treu blieben. Man erinnert sich, daß General de Gaulle, gestützt auf Art. 3 des Gesetzes von 1884, sich weigerte, die Delegation zu empfangen, und daß ihn diese autoritäre und rückschrittliche Haltung eines großen Teils des Vertrauens der Demokraten beraubte. Indem er die Gewerkschaften von der politischen Tätigkeit ausschloß, bewies er eine Auffassung, die in bedenklicher Weise mit dem Korporatismus der Regierung von Vichy verwandt ist. Trotzdem ging die CGT ihren Weg weiter und nahm aktiv an der Ausarbeitung des «Programms der Linken» vom 4. November 1945 teil, welches unter anderm die Liquidation des Regimes von Vichy und die Aufrichtung einer erweiterten Demokratie forderte. Man denke ferner daran, daß die CGT ihre Mitglieder aufforderte, für die am vergangenen 5. Mai verworfene Verfassung mit «Ja» zu stimmen.

Schlußfolgerungen

Hat der französische Gewerkschaftsbund, wie behauptet wird, seine Aufgabe verraten, und hat er sich ins Schlepptau einer politischen Partei nehmen lassen? Es genügt, diejenigen zu kennen, welche ihm diesen Vorwurf machen, um letzteren richtig zu beurteilen. Es sind dies einerseits die Rechtsparteien (PRL, MRP und Radikale), die allerdings kaum berufen sind, die Arbeiterorganisationen an ihr Pflichtbewußtsein zu erinnern, anderseits die Minderheitler, von denen gesagt werden muß, daß sie der CGT weniger den Vorwurf machen, daß sie Politik betreibt,

als daß sie nicht diejenige Politik betreibt, welche sie selbst wünschen. Der alte Konflikt zwischen Reformisten und Revolutionären hat eine neue Form angenommen; aber die Debatten des Kongresses beweisen, wie wir es zu schildern versuchten, daß sich die Gewerkschafter eng um das Büro des Gewerkschaftsbundes scharen und daß sie sich mit einer gewaltigen Mehrheit der optimistischen Proklamation von Benoît Frachon anschließen, in welcher gesagt wird: «Der Aufstieg der CGT ist derjenige der Arbeiterklasse, die ihrem Ziel entgegenschreitet, sich selbst und die Welt von den Ketten der modernen, im Kapitalismus verkörperten Sklaverei zu befreien.»

(Übersetzt von Ernst Eichenberger, Bern.)

ALFRED MICHAELIS

Die schwedisch-russischen Handelsbeziehungen

Göteborg, im Juli 1946.

Von den 48 Kriegen, welche Schweden in der Zeit von 1521—1814 führte, hat es 9 mit Rußland ausgetragen. Daß es nach seinem letzten Kriege im Frieden von Fredrikshamm (1809) ganz Finnland an Rußland abtreten mußte — das schwedische Reich verlor somit 40 % seiner Fläche und 30 % seiner Volksmenge —, konnte es nie verwinden. Rußland galt fortan als der Erbfeind; das Ziel aller politischen Erwägungen war die Zurückgewinnung des vermeintlich untragbaren Verlustes. Seit 1809 hat Rußland keine weiteren aggressiven Handlungen gegen Schweden begangen. In der Vorstellung des Volkes blieb es dennoch der Erbfeind bis in unsere Zeit. Diese Einstellung löste, wenn auch mit der Zeit in einem sich jeweils verringernden Maße, in jeder für Rußland kritischen Situation jene aktivistischen Strömungen im schwedischen Volke aus, die während des ersten Weltkrieges eine recht starke Propaganda für den Eintritt Schwedens in den Krieg an deutscher Seite entfachen konnten, und während des letzten Krieges — zwar in einem verschwindenden Verhältnis zur Volksmehrheit — aber immerhin noch vernehmbar die Anschauung bekundeten, daß ein starkes, siegreiches Deutschland als Bollwerk gegen Rußland den schwedischen Interessen genehm sein müsse.

Die historisch bedingte Voreingenommenheit der Schweden gegen Rußland wurde kompliziert durch das allgemeine politische Mißtrauen, womit man die Entwicklung des Sowjetstaates in der kapitalistischen Welt verfolgte. Wenn auch heute die vorherrschende Meinung von der beruhigenden